

Rechte Gewalt in den Landkreisen Oberhavel und Ostprignitz-Rupin seit 1992

Bei dem nachfolgenden Text handelt es sich um die schriftliche Fassung eines Vortrages während der Tagung »Rechtsextremismus in Brandenburg – Rückblicke, Bestandsaufnahme und Perspektiven« am 12. und 13. Oktober 2012 in Oranienburg.

Die letzten Jahre der DDR

Ein öffentlich wahrnehmbare Neonaziszene gab es in der DDR seit Anfang der achtziger Jahre. Innerhalb dieser Szene waren zwei Strömungen besonders stark:

- die rechten Skinheads, die schlagend durch das Land zogen und besonders zum Ende der DDR sehr gut organisiert waren und
- die sog. Faschos, ideologisch gefestigte und konsequent neonazistische Positionen vertretende Neonazis

Beide Szenen waren in der Regel straff organisiert und verfügten über gut funktionierende, DDR-weite Netzwerke. Man kannte sich!

Im damaligen Kreis Oranienburg waren vor allem die rechten Skinheads aktiv. Schwerpunktregionen waren die Städte Hennigsdorf, Velten und Kremmen. Eine der spektakulärsten rechten Gewalttaten ereignete sich am 1. November 1987 in Velten. Als Klassentreffen getarnt, hatte der sogenannte *Gesamtsturm Velten-Oranienburg* ein überregionales Nazi-Skin-Treffen für rund 100 Anhänger organisiert. In der Gaststätte Weimann wurden Parolen wie »Sieg Heil« skandiert und Nazilieder gesungen. Ein nichtiger Streit mit dem Wirt genügte, um diesen zusammenzuschlagen und anschließend die Einrichtung zu demolieren. Die gerufene Volkspolizei wurde mit Fußritten traktiert, ein Polizist entwaffnet und Polizeiautos mit Betonplatten zerstört.

Bereits in den Monaten zuvor hatten die Täter gemeinsam mit anderen Skinheads, in Orten wie Borgsdorf, Birkenwerder, Potsdam, Hennigsdorf, Velten und Lehnitz Angst und Schrecken verbreitet. Gewalt diente als beliebte Einschüchterung von Menschen, die anders aussahen – Punks, Langhaarige, Gruffies, vermeintliche Schwule, Vertragsarbeiter. Alle, die durch ihr äußeres Erscheinungsbild auffielen, liefen Gefahr in öffentlichen Verkehrsmitteln, bei Dorffesten oder in Diskotheken bedroht oder gar angegriffen zu werden. Durch ihr martialisches Auftreten schüchterten die Nazi-Skinheads auch ganz normale Menschen ein. Mit ihnen wollte sich niemand anlegen. Wurde zuvor das Vorhandensein einer rechten Skinhead-Szene von der Staatsmacht der

DDR ignoriert und dadurch geleugnet, durften die Angeklagten während des Gerichtsverfahrens, das dem Überfall auf die Gaststätte Weimann folgte, erstmals als »Skinhead-Rowdys« bezeichnet werden. Ebenfalls erstmalig wurde die neofaschistische Einstellung der Angeklagten thematisiert. Gegen die Täter wurden sehr hohe Haftstrafen verhängt.

Die erste Hälfte der 1990er Jahre

Die Strukturen, die sich in der DDR gebildet hatten, waren nach der Wende die Basis für eine eigene rechtsextreme Organisationsform in den Altkreisen Oranienburg, Gransee und Neuruppin. Oranienburg, Velten, Hennigsdorf, Kremmen und Neuruppin wurden zur Hochburg der *Nationalistischen Front* und ihrer Nachfolgeorganisationen. Von hier aus wurden im gesamten Land Brandenburg Stützpunkte aufgebaut, Wehrsportlager abgehalten, Sonnenwendfeiern und Kadenschulungen organisiert und eben auch immer wieder Menschen angegriffen und zusammengeschlagen.

Ab 1992 gab die *Kameradschaft Hennigsdorf-Kremmen* ihre eigene Zeitschrift heraus – den *Kremmener Beobachter*. Dieser wurde flächendeckend an Haushalte und in Schulen verteilt. In ihm wurde u.a. gegen Flüchtlinge des örtlichen Flüchtlingsheims gehetzt.

Neben diesen straff organisierten Strukturen gab es gewaltbereite rechte Jugendcliquen, die schnell ein wesentlicher Bestandteil der Jugendkultur wurden. Rechts sein war »in«, rechts sein war normal. Man ging gewalttätig gegen vermeintliche Linke, Punks, sozial Randständige, insbesondere Wohnungslose, Soldaten der GUS-Staaten und Migrant*innen vor. Im Schatten der rassistisch-nationalistischen Pogrome in Hoyerswerda und Rostock fand auch im Altkreis Oranienburg eine Welle rechts motivierter Anschläge statt. Der Hetze, die im Frühjahr 1992 im *Kremmener Beobachter* verbal begonnen hatte und dem Zündeln von Politiker*innen in der Asyldebatte, folgten nun Taten. Fast täglich wurden Flüchtlingsunterkünfte attackiert und Migrant*innen verprügelt. Seitens der Staatsmacht wurden diese Angriffe fast nie unterbunden. In Kremmen wurde die dortige Flüchtlingsunterkunft mit Steinen angegriffen, so dass die Bewohner*innen das Heim in Todesangst verließen. Man darf davon ausgehen, dass sie die Bilder des brennenden Sonnenblumenhauses in Rostock vor Augen hatten. Es folgten Brandanschläge u.a. auf die Flüchtlingsunterkünfte in Schildow, Neuholland, Zedenick und das Aussiedlerheim in Gildenhall bei Neuruppin. In diese Zeit ordnet sich auch der Brandanschlag auf die jüdischen Baracken 38 und 39 ein.

Im *Kremmener Beobachter* wurden die Täter*innen von Rostock-Lichtenhagen unter der Überschrift »Spätsommer 1992 – oder – Kanake gib Fersengeld« gefeiert. Sie hätten die »zweite ausländerfreie Stadt« erkämpft. Die hetzerische Begleitmusik zu derartigen Taten lieferten Neonazibands wie *Landser*, die im September 1992 ein völlig legales Konzert in einem städtischen Jugendclub Hennigsdorf gaben. Rund 150 Zuhörer tanzten zu Liedern wie »Das Asylheim brennt«, »Schlagt sie tot« oder »Kanake verrecke«.

Laut BKA befand sich Brandenburg im Jahre 1992 bundesweit an zweiter Stelle in der Statistik rassistischer Gewalttaten und diese Position hat es über sehr viele Jahre beibehalten. Informationen über die rassistischen Attacken gelangten meist nur in Kurzform an die Öffentlichkeit. Interessanterweise bricht die Berichterstattung der Märkischen Allgemeinen über rassistische und andere rechte Gewalttaten Ende 1992 gleichsam ab. Dies ist vor allem deshalb brisant, weil das massive Problem des gewaltförmigen Rechtsextremismus von Politik und Gesellschaft verdrängt oder durch Nichtwahrnehmung heruntergespielt wurde – mit fatalen Auswirkungen auf die Opfer, die sich zurecht von der Gesellschaft allein gelassen fühlten.

Innerhalb kürzester Zeit erreichte die rechte Szene in einigen Städten eine fast hegemoniale Stellung. Menschen, die sich gegen die Szene engagierten, wurden gnadenlos attackiert. Den Höhepunkt bildete der Sprengstoffanschlag auf das Auto eines Jugendsozialarbeiters am 21. April 1993 in Velten. Im Rahmen des AGAG-Programms arbeitete er mit gewaltorientierten rechten Jugendlichen aus dem Umfeld des *Förderwerk Mitteldeutsche Jugend* (FMJ), einer Vorfeldorganisation der *Sozialrevolutionären Arbeiterfront* (SrA). Diese hatte sich 1992 als Abspaltung der später verbotenen Nationalistischen Front um den Berliner Neonazi Andreas Pohl gegründet. Auch wenn die Hintergründe des Anschlags unseres Wissens nach nie aufgeklärt werden konnten, galt als sicher, dass das FMJ hinter dem Antrag steckte.

Neben Brandanschlägen und Angriffen auf Wohnungsunterkünfte von Flüchtlingen – laut Verfassungsschutzbericht wurden in Brandenburg 1991 neunzehn verübt - ist ein weiteres Tatmuster rechter Gewalt in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auffällig: Zehn bis dreißig Personen zählende Gruppen von rechten Skinheads überfielen beinahe jedes Wochenende Gaststätten, Diskotheken oder Jugendtreffs. Diese Überfälle wirken auf den ersten Blick völlig unpolitisch. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass die Opferauswahl sehr häufig gezielt erfolgte und sich an den Feinbildern der Szene orientierte. Eine damalige Betroffene berichtete uns, dass Jugendliche, die etwas anders waren – schräg aussahen, also Langhaarige, Punks, Metaller und Gruffies, lieber in die Dorfdiskos gingen. Die Jugendclubs und Diskotheken in den Städten wurden

spätestens ab 1991 von rechten Gruppen dominiert und es war für diese alternativen Jugendlichen schlicht zu gefährlich, dort hinzugehen. Gruppen von Naziskins überfielen in großer Regelmäßigkeit bewaffnet und teils uniformiert diese Diskos. DJs legten dann völlig verängstigt die mitgebrachte Rechtsrockmusik auf. Beim Pogen, dem Tanzstil der Skinheads, wählten sie sich einzelne Menschen aus, die entweder direkt auf der Tanzfläche oder draußen zusammengeschlagen wurden. Die anderen Gäste verhielten sich absolut passiv, weil jeder Angst hatte, selbst angegriffen zu werden. Die Polizei war fast immer zu spät vor Ort. Dies erzeugte bei den Opfern ein Gefühl des Alleingelassenseins und der Ohnmacht.

In Einzelfällen gelang es jedoch, sich durch Selbsthilfe vor rechten Angriffen zu schützen: Als in Groß Woltersdorf ein Tanzabend in einer örtlichen Kneipe stattfand und die Dorfbewohner vom Schankraum aus dem Treiben der jungen Leute zusahen, fuhr eine Gruppe rechter Skinheads vor. Die Dorfbewohner wollte es sich nicht länger bieten lassen, dass die jungen Leute geschlagen und die Einrichtung des Lokals demoliert wird. Sie holten ihre Mistforken und vertrieben die Rechten kurzerhand.

Auch in Wittstock und Neuruppin eskalierte die Gewalt spätestens ab 1993. Das in diesem Jahr gegründete linksalternative *Jugendwohnprojekt Mittendrin* wurde zu ständiger Zielscheibe der rechten Szene – dazu gehören bis heute nächtliche Belagerungen des Hauses, eingeschlagene Fensterscheiben, Angriffe mit Schusswaffen und körperliche Attacken auf Einzelpersonen. 1992 wurden allein in Wittstock fünf Mal Wohnungen von Antifas überfallen. Einige Angegriffene wurden derart schwer verletzt, dass sie mehrere Tage im Krankenhaus verbringen mussten. Manchmal warnte die Polizei die Betroffenen sogar vor solchen Angriffen, verbunden mit dem Eingeständnis, dass man keinen Schutz bieten könne. Dass dies den Tatsachen entsprach, wurde im Herbst 1993 deutlich: Nach der Festnahme eines Wittstocker Schlägers wurde der Polizeiwagen von seinen Freunden belagert, man versuchte diesen umzukippen, obwohl Polizeibeamte darin saßen.

Zusammenfassend können einige typische Tatmuster für die erste Hälfte der 1990iger Jahre benannt werden: Viele rechte Angriffe wurden aus größeren Tätergruppen von mindestens zehn, meist zwanzig bis dreißig Beteiligten, heraus begangen. Auch wenn viele Überfälle weder straff organisiert noch gut geplant waren, erfolgte doch eine gezielte Suche nach geeigneten Opfern. Als Gruppe, bewaffnet mit Baseballschlägern, Messern und Schreckschusspistolen, überfielen sie Gaststätten, Jugendtreffpunkte, Diskotheken und drangen in Privatwohnungen ein. Prägend für diese Zeit sind auch die vielen Brandschläge auf Flüchtlingsunterkünften und Überfälle an öffentlichen Plätzen wie Zeltplätzen oder Badeseen. Der Generalstaatsanwalt von Brandenburg

Erardo Rautenberg merkt zu dieser Zeit an, dass eine effektive Strafverfolgung und eine zügige Aburteilung der rechtsextremen Straftäter nicht stattfand.

Die zweite Hälfte der 1990er Jahre

Nach einem leichten Rückgang rechter und rassistischer Gewalttaten Mitte der neunziger Jahre, änderte sich das Bild des gewaltförmigen Rechtsextremismus ab den Jahren 1996/1997. Die damalige Ausländerbeauftragte Brandenburgs, Almut Berger, konstatierte 1997 in einem Bericht an die Landesregierung einen starken Anstieg rassistischer Gewalttaten. Auch die Landesregierung sprach von einer »unabsehbaren Problemspitze«. Rassistische Einstellungen wurden als normal empfunden und offen geäußert. Frau Berger berichtete weiter: »Fast kein Tag vergeht, ohne dass es zu Überfällen auf Ausländer kommt.« Im Vergleich zur ersten Hälfte der 1990er Jahre richteten sich die Attacken vor allem gegen Menschen, die als »fremd« konstruiert oder als politische Feinde ausgemacht wurden. Betroffen waren insbesondere Arbeitnehmer aus der EU, Westdeutsche oder Berliner Schulklassen mit Kinder mit offensichtlichen Migrationshintergrund und Menschen, die für Jüdinnen oder Juden gehalten wurden, aber auch gegen vermeintliche Linke, kirchliche Jugendgruppen und gegen Rechts engagierte Einzelpersonen. So kam es beispielsweise im Sommer 1998 in Rheinsberg gleich zu mehreren Überfällen auf schwarze Schüler Berliner Schulklassen – sie wurden rassistisch angepöbelt und geschlagen. Im gleichen Sommer wurde, ebenfalls in Rheinsberg, der städtische Kulturdezernent und Leiter der Kurt-Tucholsky-Gedenkstätte Dr. Böhling zusammengeschlagen und schwer verletzt. Der Haupttäter, ein bekannter Rechter, wurde im Schnellverfahren zu vier Wochen Dauerarrest verurteilt.

Beispielhaft für die Angriffe auf EU-Arbeitnehmer ist an die Angriffe auf Noël Martin und Orazio Giambianco zu erinnern, auch wenn diese nicht in den Landkreisen Oberhavel und Ostprignitz-Rupin stattfanden. Die brutalen und zielgerichteten Attacken wurden fast immer als »Auseinandersetzungen zwischen Ausländern und Deutschen« abgetan und unter dem Stichwort *Ausländerfeindlichkeit* diskutiert. Dies suggerierte unter anderem eine Art gleichberechtigte Tatbeteiligung. Das war nie der Fall, denn die Täter waren i.d.R. schon zahlenmäßig überlegen. Der gängige Erklärungsansatz für die oft schweren Gewalttaten lautete: Frustrierte, arbeitslose Jugendliche, die sich im eigenen Land als Bürger zweiter Klasse fühlen. Eine solch verkürzte Argumentation geht jedoch an der Realität vorbei. Schließlich waren die Täter von Mahlow und Trebbin alle in Lohn und Brot. Das es sich ganz eindeutig um rassistische Gewalttaten handelte, belegt die Tatsache, dass durchweg Menschen mit einer dunkleren Hautfarbe angegriffen wurden und gerade nicht weiße schwedische Ärzte oder französische Manager.

Ab der Jahrtausendwende

Seit ihrer Gründung hat die *Opferperspektive* in den Landkreisen Oberhavel und Ostprignitz-Ruppin über 200 rechte Gewalttaten mit mehreren hundert Betroffenen registriert. Nicht alle wurden angezeigt, da die Betroffenen Angst vor Rache der rechten Schläger hatten oder kein Vertrauen in die Polizei setzten. Einige Überfälle wurden von der Öffentlichkeit mit Interesse verfolgt, wie der Brandanschlag auf ein türkisches Bistro 2003 in Hennigsdorf. Der ehemalige Vorsitzende der *Kameradschaft Oberhavel* Karsten Giese hatte einen Molotowcocktail auf das noch geöffnete Bistro geworfen und dabei seinen Hass auf Türken lauthals verkündet: »Ich hasse Türken. Ich werde euch das zeigen. Ich werde euch töten.« Oder der Überfall von Neonazis 2001 auf die Wohnung eines Jugendlichen in Wittstock. Die Täter vermuteten seinen schwarzen Freund in der Wohnung. Das ganze Ausmaß ihrer Menschenverachtung wird bereits deutlich indem wie sie sich ausdrückten, die rechten Schläger wollten »Neger klatschen«. Der 18-jährige Manuel kletterte vom Balkon, rutschte ab und stürzte drei Stockwerke in die Tiefe. Verletzt konnte er sich in einem Feld verstecken und stand dort Todesängste aus. Derweil wurde sein Kumpel als »Negerfreund« in seiner Wohnung von den Angreifern zusammengeschlagen. Ein Jahr später eskalierte die Gewalt gegen Ausländer in Wittstock. Schrecklicher Höhepunkt war der Mord an Kajrat Batesov im Mai 2002.

Die meisten rechten Gewalttaten sind jedoch nie öffentlich geworden. Scheinbar hat sich eine Art Gewöhnungseffekt eingestellt. Rechte Angriffe wirken auf potenziell Betroffene aber vor allem dann demütigend und bedrohlich, wenn sie keine Empörung hervorrufen, wenn sich Meinungsführer oder andere Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen nicht eindeutig auf die Seite der Opfer stellen.

Anschläge auf migrantische Imbisse gehören auch heute noch ebenso zur Brandenburger Realität wie gewaltförmige Attacken auf linke und alternative Jugendliche. Schwarze werden weiterhin mit Autos durch die Stadt gejagt, linksalternative Jugendliche als »Zecken« oder »linke Schweine« beschimpft, mit Pfefferspray handlungsunfähig gemacht, um sie anschließend zu verprügeln. Die Tatmuster hingegen haben sich gegenüber dem ersten Jahrzehnt der jüngeren Brandenburger Geschichte gewandelt. Viele Angriffe können als 'Vorsatz bei Gelegenheit' bezeichnet werden. Sie erfolgen spontan von ein bis zwei Personen unter Alkoholeinfluss. Auslöser für die Gewalttat ist kein interpersoneller Konflikt zwischen Täter und Opfer. Sie kennen sich nicht, begegnen sich eher zufällig im öffentlichen Raum wie z.B. in Parks, am Bahnhof oder vor einer Kneipe. Dabei sind die Opfer den AngreiferInnen meist nicht nur zahlenmäßig unterlegen. Verbale herabwürdigende Attacken gehen häufig voraus. Jede Reaktion der Betroffenen wird als Provokation gewertet und

dient als Rechtfertigung bzw. Anlass für den folgenden physische Angriff. Strategisch geplante Gewalttaten werden hingegen meist von organisierten Tätern begangen und richten sich vor allem gegen politische Gegner wie Antifas, Linke, PolitikerInnen und gegen Rechtsextremismus Engagierte. Die Opferauswahl erfolgt gezielt nach Kriterien der Ungleichwertigkeit und nach ideologischen Kriterien der extremen Rechten.

In diesem Zusammenhang soll noch einmal auf die Attacken aus der rechten Szene auf das alternative Jugendwohnprojekt Mittendrin eingegangen werden. Sie erfolgten zwar in wellenförmigen Abschwächungen, trotzdem kontinuierlich. Zuletzt nach der Demonstration von Neonazis am 01. Mai 2012 dieses Jahres. Ein Teil der frustrierten und aggressiven Demonstrationsteilnehmer aus dem Spektrum der *Freien Nationalisten* und der *NPD* fuhr nach ihrem Abbruch nach Neuruppin und griff das Projekt mit Steinen bewaffnet an.

Unsichtbare Todesopfer rechter Gewalt – Der Kampf um die Anerkennung

Selbst die tödliche Dimension rechter Gewalt wird bis heute nicht angemessen wahrgenommen. Auch in Brandenburg. Zu den Opfern gehören sozial an den Rand Gedrängte wie Wohnungslose, Punks, Flüchtlinge, aber auch Menschen, die es wagten, den Rechten zu widersprechen. Die Brutalität der Taten ist unfassbar! Sie sind geprägt von tiefem Hass auf alles was anders ist, was nicht in das Weltbild der Rechten passt, auf Menschen die als »unnütz« und »unwert« eingestuft werden. Nach umfangreichen Recherchen von engagierten Einzelpersonen, Journalistinnen und Journalisten, Opferberatungsstellen und anderen Gruppen, starben seit dem 03. Oktober 1990 allein in Brandenburg mindestens 27 Menschen durch Gewaltexzesse von Neonazis und rechten Skinheads. Das ist die schockierende Spitzenposition in der bundesdeutschen Statistik.

In Oberhavel und Ostprignitz-Rupin gibt es mindestens vier Tote zu beklagen.

Emil Wendland, 50 Jahre, wohnungslos

Er wurde am 01. Juli 1992 von fünf rechten Jugendlichen, die sich zum »Penner klatschen« verabredet hatten, im Rosengarten von Neuruppin erst zusammengeschlagen und anschließend erstochen.

Hans-Jochen Lommatzsch, 51 Jahre, Baumaschinist

Er wollte am 18. Dezember 1992 in Oranienburg nach seinem neuen Auto sehen, als er von zwei rechten Skinheads scheinbar »grundlos« angegriffen wurde. Die Täter bezichtigten ihn, ein »Autoknacker« zu sein und legitimierten so ihren Gewaltausbruch. Einer der Angreifer tötete Lommatzsch durch Tritte und Faustschläge.

Gunter Marx, 42 Jahre

Am 06. August 1994 wurde er in Velten von vier rechten Skinheads, die ihn ausrauben wollten, vom Fahrrad getreten. Als er ihnen sagte, dass er kein Geld bei sich habe, wurde er von einem der Angreifer mit einem schweren Schraubenschlüssel erschlagen. Bei einer Hausdurchsuchungen fand die Polizei beim Haupttäter einen Baseballschläger mit eingeritztem Hakenkreuz und der Aufschrift »Sieg Heil«. Er war bereits wegen rassistischer Gewalttaten bekannt.

Kajrat Batesov, 24 Jahre

Am 04. Mai 2002 wurde der Aussiedler zusammen mit einem Freund in Wittstock von mehreren jungen Männern getreten und geschlagen. Anschließend wurde ihm ein 18 Kilogramm schwerer Feldstein auf die Brust geworfen. Am 23. Mai 2002 erlag er seinen schweren Verletzungen.

Die Landesregierung erkennt kein einziges dieser Tötungsverbrechen als politisch rechts motivierte Tat an. Sie kommt, im Gegensatz zu den zivilgesellschaftlichen Chroniken, zu einem ganz anderen Ergebnis. Nur neun der Ermordeten finden bisher in der offiziellen Polizeistatistik für politisch motivierte Kriminalität. Angesichts der evidenten Differenz eine beschämende Bilanz. Zu fragen ist: Warum tun sich Politik und Gesellschaft so schwer mit diesem dunklen Kapitel der jüngeren Brandenburger Geschichte? Warum wurde bei so vielen Tötungsverbrechen der politische Hintergrund der Taten völlig unzureichend beleuchtet? Die meisten dieser Taten wurden in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verübt. Also genau in der Zeit, als in vielen Regionen schwere Versäumnisse bei Polizei und Justiz gang und gäbe waren. Glücklicherweise ist dies inzwischen unbestritten. Vor allem auf den unteren Ebenen der Polizei gab es gravierende Schwierigkeiten rechtsextrem motivierte Taten von anderen Gewalttaten zu unterscheiden. Gerichte blendeten mögliche politische Hintergründe aus. Der damalige Vizepräsident des Bundeskriminalamtes Bernhard Falk analysiert: »Es gab beachtliche Hinweise auf die Verbreitung fremden- bzw. minderheitenfeindlicher Einstellungen.« und »'Opportunitätsüberlegungen' bei den aufnehmenden Beamten, mit dem Bestreben das eigene Bundesland bzw. den Dienstbezirk ja nicht wegen rechtsextremer Straftaten 'in Verruf geraten' zu lassen.«

Dabei könnte Brandenburg in dieser Frage Vorbildfunktion für andere Bundesländer einnehmen. Genau wie mit der Verabschiedung des bundesweit ersten Landesprogramms gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Sachsen und Sachsen-Anhalt sind uns in diesem Punkt jedoch voraus. Nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie wurden in den beiden Bundesländern alle fraglichen Altfälle einer Neubewertung unterzogen und in Sachsen zwei sowie in Sachsen-Anhalt drei Tötungsdelikte nachträglich als politisch rechts motivierte Straftaten bewertet. In allen Fällen hatten Freunde, Angehörige, engagierte JournalistInnen und Menschenrechtsorganisationen seit Jahren auf die rechte Dimension der Taten hingewiesen. Hier wird deutlich, dass der hauptsächliche Fehler nicht im polizeilichen Erfassungssystem, sondern in der Anwendung und Bewertung der Tötungsverbrechen liegt.

Den Opfern ein Gesicht zu geben, anzuerkennen, dass sie einem rechts motiviertem Gewaltverbrechen zum Opfer fielen, ist nicht nur eine Frage des Respekts für jeden einzelnen Menschen, sondern auch eine Frage der Bereitschaft, die Fehler der 1990er Jahre endlich aufzuarbeiten.

Judith Porath und Marcus Reinert